

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Selz, Kapstadt
31.05.2021

Zweckdienliches Eingeständnis

Frankreichs Präsident räumt Mitverantwortung für Völkermord in Ruanda ein. Dessen Amtskollegen geht es um politische Legitimation und Geschäfte



Ben Curtis/AP Photo via dpa

Nur einige der 800.000 Opfer des Völkermords: Das Kigali Genocide Memorial Centre in Ruandas Hauptstadt

Frankreich habe »Stillschweigen zu lange über die Suche nach der Wahrheit« gestellt, erklärte Präsident Emmanuel Macron am Donnerstag anlässlich seines Staatsbesuchs in Ruanda. Der französische Staatschef besuchte die Völkermordgedenkstätte in der Hauptstadt Kigali und bat um Vergebung für Frankreichs Rolle an dem Genozid. Von Regierungskräften aufgehetzte Milizen aus der Bevölkerungsgruppe der Hutu hatten in dem ostafrikanischen Binnenstaat 1994 innerhalb von zwei Monaten etwa 800.000 Menschen ermordet, überwiegend Angehörige der Volksgruppe der Tutsi sowie Hutu, die sich gegen den Völkermord stellten. Frankreich trage daran »schwere und erdrückende Verantwortung«, hatte eine von Macron bestellte Historikerkommission im März dieses

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Jahres nach einer Recherche in zuvor unter Verschluss gehaltenen französischen Staatsdokumenten konstatiert. Der französische Präsident erklärte nun in Kigali, er sei »gekommen, um unsere Verantwortung anzuerkennen«. Zugleich bestritt er ausdrücklich eine Mittäterschaft Frankreichs.

Die damalige Regierung von François Mitterrand war 1994 der wichtigste internationale Verbündete der Hutu-dominierten Regierung Ruandas. Im Bestreben, die französische Einflusszone aufrechtzuerhalten, unterstützte und bewaffnete Frankreich das Regime von Juvénal Habyarimana. Auch nach dessen Tod – Habyarimanas Flugzeug wurde am 6. April 1994 im Landeanflug auf Kigali mutmaßlich von Hutu-Extremisten abgeschossen, um den Anlass für den Völkermord zu schaffen – stand Frankreich weiter fest an der Seite des Nachfolgeregimes. Die Finanzierung der weiteren Aufrüstung, selbst der Kauf der Macheten, mit denen die Milizionäre mordeten, wurde über französische Banken abgewickelt. Paris wollte verhindern, dass die vom englischsprachigen Uganda aus operierende Tutsi-Miliz Ruandische Patriotische Front (RPF) unter dem heutigen Staatschef Paul Kagame in Ruanda an die Macht kommt. Nach dem Ende des Völkermords stieß die RPF dennoch nach Kigali vor; seitdem stellt sie die Regierung. Das Verhältnis der RPF-Regierung zu Frankreich war seither stark angespannt.

Macron gestand nun ein, dass sein Land damals »de facto an der Seite eines Völkermordregimes geblieben« sei. Er argumentierte jedoch, die damalige Regierung habe zwar Warnungen ignoriert, attestierte der damaligen Administration in Paris aber, sie habe »einen regionalen Konflikt oder einen Bürgerkrieg verhindern« wollen und nur deshalb »tatsächlich an der Seite eines zum Völkermord bereiten Mannes gestanden«. Ein Fehler also, aber keine Beteiligung am Genozid, zu diesem Urteil kam auch bereits Macrons Historikerkommission. Unabhängige Forscher sehen dies aber durchaus anders. So kam François Graner von der Organisation »Survie« laut der österreichischen Zeitung *Standard* nach Durchsicht der Dokumente zu dem Schluss, die damalige französische Regierung habe in Ruanda »Beihilfe zum Genozid« sowie »aktive Unterstützung in Kenntnis der Umstände« geleistet.

Auch Kagames Regierung hatte Frankreich dies wiederholt vorgeworfen. Für den einstigen Milizenführer und heutigen Langzeitstaatschef, der um das Attribut Autokrat meist nur deshalb herumkommt, weil er sein Land prowestlich ausgerichtet hat, ist Macrons Besuch dennoch von großem Wert. Ruandas Wirtschaft befindet sich im

Aufschwung, die Regierung setzt stark auf Modernisierung und Digitalisierung und will sich möglichst viele Handlungsoptionen offenhalten. Das deckt sich mit Macrons Drang, der französischen Wirtschaft afrikanische Märkte außerhalb der ehemaligen Kolonien Frankreichs zu erschließen. Für Kagame geht es zudem um politische Legitimation. Der Staatschef ließ bereits die Verfassung ändern, um an der Macht bleiben zu können. Oppositionelle verfolgt er brutal, in mehreren Fällen wurden Regimegegner im Exil ermordet. Um des Dissidenten Paul Rusesabagina habhaft zu werden, ließ Ruanda im vergangenen Jahr gar ein Flugzeug nach Kigali lenken, von dem der Betroffene dachte, es bringe ihn ins Nachbarland Burundi. Darauf ging Macron jetzt freilich nicht weiter ein.

Junge Welt 31.05.2021